

# Krankenhäuser und Zivilschützer bereiten sich auf Krieg vor

Die Gefahr für Deutschland sei real, die Gesellschaft müsse sich wappnen, heißt es bei Tagung in Berlin

**Joachim Fahrur**

**Berlin.** Nicht nur die Bundeswehr, sondern auch Krankenhäuser und Zivilschützer sind sehr konkret dabei, das Szenario eines Krieges in Europa und Deutschland zu diskutieren und sich auf den Ernstfall vorzubereiten. Das wurde am Donnerstag bei einer hochkarätig besetzten Tagung des Netzwerks Gesundheitsstadt Berlin im Unfallkrankenhaus Berlin deutlich.

Ralph Tiesler, Präsident des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK), war sehr deutlich: „Bei uns ist alles auf das Thema Krieg ausgerichtet“, sagte Tiesler. Das Ziel sei eine „Gesamtverteidigung“, selbst wenn der Krieg Deutschland noch nicht erreicht habe. Wenn Nato-Truppen zur Verteidigung der Ostgrenze durch Deutschland geführt würden, müsse man mit Anschlägen und Sabotage rechnen, sagte Tiesler. Die Bevölkerung müsse sich dann „ein Stück weit selbst versorgen“ können: „In einer solchen Situation wird der Rettungswagen nicht in zehn Minuten vor der Tür stehen.“

Er wolle gar keine Debatte um Zuständigkeiten oder eine Reform des Föderalismus führen, sagte der

BBK-Präsident: Er setzt auf Informationen. „Viele in Ländern und Kommunen wissen nicht, was sie tun sollen. Das Wissen aus dem Kalten Krieg ist verschüttet worden.“

Generalleutnant André Bodemann, als stellvertretender Befehlshaber Operatives Führungskommando und Kommandeur Territoriale Aufgaben einer der höchsten Militärs des Landes, findet es „schlecht, dass wir darüber reden müssen“. Aber in der Gesellschaft sei die „Fähigkeit zur Verdrängung unangenehmer Themen sehr ausgeprägt“, so der Offizier. Er warb dafür, auch im Gesundheitsbereich Kapazitäten für den Notfall aufzubauen. „Wir brauchen Resilienz, nicht nur Effizienz“, sagte Bodemann. Deutschland müsse Infrastruktur vorhalten, „die wir im besten Fall nie benötigen“. Das sei nicht populär, sagte der Generalleutnant und verwies auf das viel kritisierte Notfall-Krankenhaus, das Berlin in der Corona-Pandemie auf dem Messegelände errichtet, aber nie gebraucht hatte.

Der Charité-Professor Leif Erik Sander ist als Mitglied des Expertenrates „Gesundheit und Resilienz“ ein wichtiger Berater der Bundesregierung. „Unser Gesund-

heitssystem ist ein nicht sehr reaktionsschnelles, wenig anpassungsfähiges Schönwettersystem“, warnte er und erinnerte an die oft durch Eigeninitiative von Medizinern entstandenen Kooperationssysteme während der Corona-Pandemie, um Patienten auf die Krankenhäuser zu verteilen. „So was brauchen wir wieder“. Nötig sei ein nationaler Aktionsplan „Health Security“. Dieser müsse „klare Zuständigkeiten“ verankern. „Im Bündnisfall werden zivile Krankenhäuser große Last tragen müssen“, so Sander.

## **70 Cyberattacken in einem Jahr – allein in Nordrhein-Westfalen**

Die Experten rechnen im Ernstfall mit 1000 zusätzlichen Patienten pro Tag, neun von zehn würden verwundete Soldaten sein. Man müsse mit zerstörten Gesundheitseinrichtungen rechnen, mit Angriffen auf Personal, mit Cyberattacken. Von denen gibt es heute schon zahlreiche. BBK-Präsident Tiesler sprach von mehr als 70 solcher Angriffe im Jahr 2023 allein auf Kliniken in Nordrhein-Westfalen, in Berlin wurde das Johannesstift angegriffen.

Der Fraktionschef der CSU im Bayerischen Landtag und frühere Landesgesundheitsminister Klaus

Holetscheck stellte dem System ein miserables Zeugnis aus. „Wir stehen vor einer Riesenherausforderung und sind relativ blank.“ Er sprach sich dafür aus, einen Reservisten-Pool auch in der Pflege und im ärztlichen Bereich aufzubauen.

Das vom Noch-Gesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) vorgesehene Gesundheitssicherstellungsgesetz, das das Zusammenwirken von ziviler und militärischer Versorgung im Krisenfall regeln soll, müsse dringend kommen, forderten die Experten. Eine enge Kooperation der Bundeswehr-Sanitäter mit Krankenhäusern und Arztpraxen sei vordringlich, sagte Almut Nolte, stellvertretende Befehlshaberin des Zentralen Sanitätsdienstes der Bundeswehr.

Die zivilen und militärischen Fachleute drängen darauf, auch schon vor der offiziellen Ausrufung des Bündnisfalles Regeln zu schaffen und Hürden für die Zusammenarbeit zu senken, um die Vorbereitung auf den Ernstfall zu ermöglichen. Die scharfe Trennung zwischen innerer und äußerer Sicherheit gebe es nicht mehr, sagte Generalleutnant André Bodemann. „Wir erleben Angriffe, leben aber juristisch im Frieden“.